

Beckstein kann sich eine Kostenübernahme durch den Freistaat vorstellen, wenn sich der Bund aus dem Katastrophenschutz zurück zieht

Neumarkt/Opf. Die Feuerwehr-Aktionswoche 2006 wurde am Samstag, 16. September 2006 in Neumarkt/Opf. im Rahmen der 13. Delegiertenversammlung des Landesfeuerwehrverbandes Bayern vom stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten und Staatsminister des Innern Dr. Günther Beckstein offiziell eröffnet.

„Da wird uns wohl nichts anderes übrig bleiben“, war das Statement von Beckstein in einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk, auf die Frage hin, ob der Freistaat die Kosten für die Katastrophenschutzkomponenten übernehmen wird, wenn sich der Bund aus dem Brandschutz im Katastrophenschutz zurückzieht. Trotz schwieriger Zeit könne sich Beckstein eine Übernahme von vier bis fünf Millionen jährlich für Aufwendungen für den Katastrophenschutz im Staatshaushalt vorstellen, um die hohe Qualität des Katastrophenschutzwesens weiterhin zu garantieren.

Ausführlich ging der Innenminister in seiner Festansprache auch auf die Überlegungen des Bundes zur Veränderung der Konzeption zur Ausstattung im ergänzenden Katastrophenschutz ein: "Die Überlegungen des Bundes überraschen nicht. Umwälzende Ereignisse in den letzten Jahren, wie die veränderten sicherheits- und militärpolitischen Rahmenbedingungen nach der Wiedervereinigung Deutschlands oder der Anschlag am 11. September 2001 in New York, haben eine grundsätzliche Neubewertung der Ressourcen im Zivilschutz erforderlich gemacht. In dem vom Bund vorgelegten Grobkonzept sind unter den Vorzeichen des immer unwahrscheinlicher werdenden Eintritts eines konventionellen Verteidigungsfalles bei gleichzeitig völlig neuem Schadensszenario weitgehende Einschnitte bei der vom Bund finanzierten Ausstattung im Zivilschutz vorgesehen. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Brandschutz und Betreuung, die auch hinsichtlich ihrer Ausstattung bislang auf ein flächendeckendes, konventionelles Kriegsszenario ausgerichtet waren. Der Bund wird künftig den Schwerpunkt der Ausstattungen im Bereich ABC-Schutz legen. Diese Entscheidung wird für die Feuerwehren in den Ländern einen erheblichen Einschnitt bedeuten, konnten doch die Bundesfahrzeuge auch bei der Brandbekämpfung eingesetzt werden. Wir dürfen aber nicht übersehen, dass die Feuerwehren in Bayern auch ohne Brandschutzkomponente hauptsächlicher Nutznießer der künftigen Bundesausstattung im ergänzenden Katastrophenschutz sein werden, da sie die in Bayern schwerpunktmäßig im ABC-Bereich liegende Ausstattung übernehmen werden", so Beckstein.

Der Minister unterstrich, dass auch nach den Überlegungen des Bundes der Katastrophenschutz die Kernkompetenz Bayerns im Bereich der Inneren Sicherheit bleiben werde: "Daran wird sich auch durch die neue Konzeption des Bundes zur Ausstattung des erweiterten Katastrophenschutzes nichts ändern!" Der Minister versicherte, sich auch weiterhin aktiv für eine gute Finanzausstattung der Bayerischen Feuerwehren einzusetzen. „Ob Digitalfunk, das Förderwesen, die Bildung von Notstandseinheiten in Bayern für die schnelle bezirks- und länderübergreifende Katastrophenhilfe oder die Freistellungsmöglichkeiten im Katastrophenschutz: Die Feuerwehren leisten außerordentliche Dienste in unserem Land, daher ist die volle Unterstützung nötig“, sagte der Politiker.

In Bayern sind vom Rückzug des Bundes 135 Löschgruppenfahrzeuge (LF) 16-TS und 56 Schlauchwagen SW 2000 betroffen, die eingespart werden sollen, die den Feuerwehren für Einsätze und Ausbildung künftig nicht mehr zur Verfügung stehen. Weiter betroffen sind 20.000 ehrenamtliche Feuerwehrangehörige, die derzeit für den Katastrophenschutz vom Wehrdienst freigestellt sind. Ihre Bereitschaft zur Hilfe wird damit demoralisiert.

„Im Hinblick auf die seit längerem durch den Landesfeuerwehrverband geforderten Notstandseinheiten zur überregionalen Unterstützung bei Großschadensereignissen fehlen uns fast 200 Fahrzeuge durch die Sparpläne des Bundes“, kritisierte Landesverbandsvorsitzender Alfons Weinzierl. Gerade in der überörtlichen Katastrophenhilfe hat sich der Einsatz der Bundesfahrzeuge bewährt, weil keine Einsatzfahrzeuge der Gemeinden abgezogen werden mussten. jk